

Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 4/2003

Martin Malek

Russland – eine Großmacht?

Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven

4/2003 **Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie**

ISBN: 3-902275-09-X

Dr. phil. Martin Malek, 1991 Promotion in Politikwissenschaft (Zweifach Publizistik), seit 1993 Mitarbeiter der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ (ÖMZ), seit 1997 Forscher an der Landesverteidigungsakademie mit der Zuständigkeit für die Analyse der Krisen und Konflikte in der GUS sowie der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik Russlands und der anderen früheren Sowjetrepubliken. Mehrere Forschungsaufenthalte in Deutschland, Russland, der Ukraine und den USA. In der zweiten Jahreshälfte 2002 Mitarbeiter des Büros des Verteidigungsattachés an der Botschaft Österreichs in Moskau.

Impressum:

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie – Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik

Medieninhaber:

Landesverteidigungsakademie Wien/Büro für Sicherheitspolitik

Herausgeber:

Hon.Prof. DDr. Erich Reiter und General Raimund Schittenhelm

Für den Inhalt verantwortlich und Redaktion: Mag. Walter Matyas

Technische Redaktion und Korrektorat: Doris Washiedl

Grafik: Dipl.Graph. Franz Stierschneider und Doris Washiedl

Druck: Druck- und Kopierstelle Landesverteidigungsakademie

Alle: Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

ISBN: 3-902275-09-X

Inhalt

<u>1. DIE RELEVANZ DER FRAGESTELLUNG</u>	<u>5</u>
<u>2. DROHT RUSSLAND DER ZERFALL?</u>	<u>6</u>
<u>3. AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHE ANALYSEINSTRUMENTE</u>	<u>7</u>
3.1. Geopolitik	7
3.2. Die „vielpolige Welt“	7
3.3. Das „Dreieck“ Russland – China – Indien	9
<u>4. DAS SELBSTVERSTÄNDNIS RUSSLANDS ALS GROßMACHT IM INTERNATIONALEN SYSTEM</u>	<u>10</u>
<u>5. FLÄCHE</u>	<u>11</u>
<u>6. EINWOHNER: IST-ZUSTAND UND PROGNOSEN</u>	<u>11</u>
<u>7. ERDÖL- UND ERDGASVORRÄTE</u>	<u>12</u>
<u>8. WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN</u>	<u>13</u>
8.1. Wirtschaftskraft	13
8.2. Ausgewählte Daten zu Wohlstand und Lebensstandard	15
8.3. Ökonomische Sicherheit	16
8.4. Militärausgaben	17
8.5. Auslandsverschuldung	19
8.6. Rüstungsexport	19
<u>9. MILITARISIERUNGSGRAD</u>	<u>20</u>
<u>10. ATOMARE BEWAFFNUNG</u>	<u>20</u>
<u>11. ATOMWAFFEN ALS POLITISCHES UND MILITÄRISCHES INSTRUMENT</u>	<u>21</u>
<u>12. ATOMSTRATEGISCHE ABRÜSTUNG</u>	<u>22</u>
<u>13. UNO UND OSZE</u>	<u>23</u>
<u>14. POLITIK GEGENÜBER DER GUS</u>	<u>24</u>
14.1. Ziele	24
14.2. Das „Nahe“ und das „Ferne“ Ausland	24
14.3. Ein „roter Gürtel“ um Russland?	24
14.4. Die „Strategie der zwei Grenzen“ Russlands	25
14.5. Die GUS als Instrument Russlands?	25
14.6. Russland und der Separatismus in der GUS	26
<u>15. POLITIK GEGENÜBER DEN USA</u>	<u>27</u>

<u>16. RUSSLAND UND DIE NATO</u>	28
<u>17. BEZIEHUNGEN ZUR EU</u>	28
17.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	28
17.2. Kein EU-Beitritt	29
17.3. Die sicherheitspolitische Komponente der Beziehungen	29
17.4. Das Kaliningrad-Problem: „Technik“ oder Geopolitik?	31
<u>18. RUSSLAND UND DER „KRIEG GEGEN DEN TERROR“</u>	31
18.1. Russische Einflusspolitik in Zentralasien	31
18.2. Russische Militärpolitik in Afghanistan	32
18.3. Russland und die westliche Militärpräsenz in Mittelasien	32
18.4. Tschetschenien	32
18.5. Russische Präventivschläge?	34
<u>19. IRAK</u>	35
<u>20. IRAN</u>	36
<u>21. NORDKOREA</u>	36
<u>22. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN</u>	37
<u>STUDIEN UND BERICHTE ZUR SICHERHEITSPOLITIK – BISHER ERSCHIENEN</u>	41
Informationen zur Sicherheitspolitik	41
Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik	48

1. Die Relevanz der Fragestellung

Die Frage, ob das postsowjetische Russland noch eine Groß- bzw. Supermacht ist, bewegt Politik und Öffentlichkeit permanent. Eine unüberschaubare Zahl von politischen Stellungnahmen sowie (mehr oder weniger niveauvollen) Presse- und Buchveröffentlichungen zeigt, dass es sich hier um eines der wichtigsten Anliegen des politischen Diskurses in Russland handelt. Hier liegt zweifellos auch ein erheblicher Teil der Antwort auf die Frage nach den Ursachen der seit dem Zerfall der UdSSR zunehmenden Popularität des sowjetischen Diktators Josef Stalin: Mit ihm werden die Industrialisierung (also der Aufbau eines riesigen Rüstungskomplexes), der Sieg im Zweiten Weltkrieg 1945, der Bau der (1949 erstmals getesteten) sowjetischen Atombombe und der Aufstieg zur (neben den USA) zweiten Supermacht assoziiert. Die Millionen Opfer, die Stalins Politik verursacht oder in Kauf genommen hat, treten demgegenüber (wenn sie nicht überhaupt bestritten oder für irrelevant erklärt werden) klar in den Hintergrund.

Die Debatte über den Großmachtstatus weist in Russland selbst unübersehbar eine gewisse Janusköpfigkeit auf. So beklagen zahlreiche Politiker, Analytiker und Beobachter (vor allem aus dem Lager kommunistischer und nationalistischer Oppositioneller sowie aus den Streitkräften) eine „Ohnmacht“ Russlands, das vom Westen völlig an den Rand gedrängt worden sei. Gleichzeitig zeigen sich andere Funktionäre (bevorzugt aus der politischen Führung) überzeugt, dass das Land eine gewichtige Rolle in der Weltpolitik spielt. Das macht bereits deutlich, dass die Forschungsfrage nicht eindeutig mit Ja oder Nein zu beantworten ist. Sie bedarf einer eingehenden Analyse zahlreicher objektiver (Potenzial des Landes in Fläche, Menschen, Bodenschätzen, Wirtschaftskraft usw.) wie auch subjektiver (Wahrnehmung der internationalen Rolle Russlands in der Öffentlichkeit und in den Eliten) Faktoren.

Westliche Politiker versichern ihren russischen Gesprächspartnern regelmäßig, dass sie Russland „groß und stark“ sehen wollen, dass es „natürlich“ eine Großmacht sei, die auch in die Lösung aller internationaler Probleme einbezogen werden müsse usw. Der französische Präsident Jacques Chirac sprach seinem Amtskollegen Wladimir Putin bei einem Treffen Mitte Juli 2002 zweifellos aus der Seele: „Russland gewinnt seinen Platz in der Welt schnell zurück – den Platz einer großen Nation, und das ist sowohl im ökonomischen wie im politischen Sinne richtig“. Auch die Teilnahme Russlands an den Gipfeltreffen der G-7, die ohne jede Bedingungen oder Zugeständnisse Moskaus zugelassen wurde, hat die russische Überzeugung von der eigenen Wichtigkeit gestärkt.

Die überwältigende Mehrheit der russischen Stimmen lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass Russland entweder nach wie vor eine Großmacht ist oder – wenn eingeräumt wird, dass das nicht mehr der Fall ist (wofür meist der

sowjetische Präsident Michail Gorbatschow, der russische Präsident Boris Jelzin und die überaus unbeliebten „Demokraten“ verantwortlich gemacht werden) – jedenfalls wieder eine solche zu werden hat. Das ist auch die Auffassung der „Staatspartei“ „Einheitliches Russland“.

Putin verlautbarte im Oktober 2002, dass „Russland entweder groß oder überhaupt nicht sein wird“. Sehr oft ist zu hören, dass Russland dazu „verdammte“ sei, eine Groß- oder gar Weltmacht zu sein. Allerdings werden dafür (wenn man von der verbreiteten Ansicht, dass es „in anderen Maßstäben und Bedeutungen nicht existieren“ könne, absieht) kaum jemals überzeugende Gründe genannt, und die realen wirtschaftlichen Möglichkeiten stehen in keinem Verhältnis zu den überaus ambitionierten weltpolitischen Ansprüchen (vgl. Kap. 8).

Der deutsche Politikprofessor Gerhard Simon entwickelte das Konzept des „patriotischen Konsenses“, der sämtliche politisch relevanten Kräfte – die sehr schwachen „Demokraten“, die dem Kreml nahe stehenden Parteien und Fraktionen in der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) sowie die einflussreichen Nationalisten und Kommunisten – auf der Grundlage ähnlicher bis gleicher Auffassungen (vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik) umspannt. Eines der zentralen Postulate des „Patriotischen Konsenses“ ist der Glaube an Russland als Großmacht.

2. Droht Russland der Zerfall?

Für den Fall einer Desintegration Russlands verlören natürlich alle Überlegungen über einen Status als Großmacht ihren Sinn. Nach wie vor warnen immer wieder (im Westen wie in Russland selbst) besorgte Stimmen vor einem solchen Szenario. Die Wahrscheinlichkeit seines Eintretens ist allerdings – bei einer sachlichen Abwägung der zentrifugalen und zentripetalen Kräfte im Land – in der überschaubaren Zukunft verschwindend gering. Putins „gelenkte Demokratie“ beinhaltet die Sicherstellung von Erfolgen von dem Kreml nahe stehenden Kandidaten bei Wahlen, eine Unterminierung der Autonomie der Regionen, eine strenge Zentralisierung der Macht in der Präsidentialadministration in Moskau und Tendenzen zur Schaffung einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat Russland. Damit nähert sich Russland an westliche Demokratiemodelle nicht nur nicht an, sondern entfernt sich von ihnen. Gerechtfertigt wird diese Politik auch mit der Gefahr des Separatismus. Allerdings hat selbst auf dem Höhepunkt der so genannten „Parade der Souveränitäten“ Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre einzig und allein Tschetschenien offen Kurs auf Austritt aus dem russischen Staatsverband genommen – und dafür wurde es mit zwei blutigen Interventionen der russischen Armee (1994-96 und seit 1999) bestraft, die Zehntausenden Zivilisten das Leben kosteten. Es sind derzeit auch keine anderen Regionen zu

sehen, in denen separatistische Stimmungen eine auch nur beschränkte politische Wirksamkeit entfalten könnten.

Russland droht nicht nur kein Zerfall, es schickt sich sogar an, größer zu werden: Mit dem von Präsident Alexander Lukaschenko diktatorisch regierten Belarus ist ein „Unionsstaat“ geplant (Anfang April 2003 wurde der Entwurf eines entsprechenden „Verfassungsaktes“ präsentiert), und Putin unterzeichnete Ende 2001 ein (im Westen völlig unbeachtetes) Gesetz, das die Aufnahme neuer „Subjekte“ (d.h. Verwaltungseinheiten) in die Russländische Föderation regelt.

3. Außen- und sicherheitspolitische Analyseinstrumente

Folgende Instrumente werden im postsowjetischen Russland auch in den nächsten Jahren die Analyse der internationalen Beziehungen dominieren:

3.1. Geopolitik

Geopolitik ist in Russland nicht nur Gegenstand akademischer Dispute, sondern spielt auch eine zentrale Rolle in der Gestaltung der offiziellen Außen- und Sicherheitspolitik. Der russische Umgang mit der Geopolitik stellt vor allem auf bestimmte „Einflussbereiche“, „Interessensphären“ (oft mit dem Adjektiv „lebenswichtig“ verstärkt), „Pufferzonen“, „geopolitische Räume“ und die Konkurrenz um Ressourcen, Bodenschätze und Transportkorridore (vor allem im und am Kaspischen Meer, im Südkaukasus sowie in Zentralasien) ab. Das zeigen auch und gerade auf längerfristige Gültigkeit angelegte offizielle Dokumente wie die Militärdoktrin, die Konzeption für nationale Sicherheit und die Außenpolitische Konzeption (alle von 2000).

Die Beziehungen zum Westen – und vor allem zu den USA und zur NATO – werden in Russland als Nullsummenspiel gedacht: Wenn (subjektiv betrachtet, also aus russischer Sicht) der Einfluss von NATO/USA steigt, fällt der Einfluss Russlands – und umgekehrt. Daher unterliegt es für die große Mehrheit der außenpolitischen Praktiker wie Beobachter in Russland keinem Zweifel, dass die eigenen Interessen durch jede (angebliche) Erweiterung von westlichem Einfluss zwangsläufig Schaden nehmen müssen. Dabei wird „der Westen“ meist als einheitlicher und von den USA geradezu beliebig manipulierbarer Block betrachtet. – Allerdings machte die Kontroverse um die Irakpolitik 2002/2003 zwischen den USA und Großbritannien einerseits und Deutschland und Frankreich andererseits die Unzulänglichkeit dieser Auffassung (erneut) deutlich.

3.2. Die „vielpolige Welt“

Der russischen Außen- und Sicherheitspolitik liegt nach wie vor das Konzept der

„vielpoligen Welt“ zugrunde, das der damalige russische Außenminister Jewgenij Primakow 1996 eingeführt hat. Es postuliert zumindest sechs weltpolitische „Pole“, nämlich Russland, die EU, die USA, China, Indien und Japan (doch dezidiert nicht die NATO), und ist explizit gegen eine „einpolige Welt“ gerichtet, welche die USA nach vorherrschender russischer Überzeugung anstreben. Offenkundig handelt es sich hier um einen Versuch, das wirtschaftlich schwache Russland in einen „Kreis gleichberechtigter Großmächte“ zu reklamieren.

Das Konzept der „vielpoligen Welt“ lässt sich als russischer Versuch interpretieren, der offenkundigen Asymmetrie gegenüber den in den Bereichen Wirtschaft und konventionelle Streitkräfte überlegenen USA ideologisch zu kontern. Das hat sich als erfolgreich erwiesen, da die große Mehrheit der Staaten der Welt zweifellos eine (angebliche oder tatsächliche) Dominanz der USA ablehnt.

Verschiedene russische und westliche Beobachter erlagen offenbar einem Irrtum, als sie nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 in den USA die „vielpolige Welt“ deswegen für hinfällig erklärten, weil Russland nun endgültig auf einen „prowestlichen Kurs“ gegangen sei. So kam die „vielpolige Welt“ in jenen politischen Dokumenten, die Putin am 2. Dezember 2002 in Peking und zwei Tage später in New Delhi unterzeichnete, jeweils mehrmals vor.

Mit diesem Konzept will Moskau auch seine Eigenständigkeit betonen. Primakow meinte, dass sich Russland als eigener „Pol“ anderen „Polen“ nicht anschließen könne und dürfe. Das verunmöglicht einen EU-Beitritt Russlands selbst in langfristiger Perspektive (vgl. Kap. 17.2.), korrespondiert aber mit der in Eliten wie Gesellschaft Russlands dominierenden Auffassung, dass das Land einen eigenen, spezifisch „russischen“ und von sämtlichen westlichen Modellen unabhängigen Weg gehen sollte.

Primakow wandte sich gegen jene (sehr zahlreichen) russischen Interpreten seiner Theorie der „vielpoligen Welt“, die behaupten und vehement kritisieren, dass nach dem Ende des Kalten Krieges in Gestalt der USA nur eine Supermacht verblieben sei und sich die Tendenzen in Richtung „einpolige Welt“ nach dem 11. September 2001 – und konkret dem Gegenschlag der USA in Afghanistan, der zu ihrer Militärpräsenz in Zentralasien führte (vgl. Kap. 18.3.) – noch weiter verstärkt hätten: Tatsächlich gäbe es (so Primakow in einem Ende 2002 erschienenen Buch) eine „Bewegung hin zu einer vielpoligen und nicht zu einer einpoligen Welt“.

Die USA würden – so zeigt man sich in Russland überzeugt – ihr Ziel einer „einpoligen Welt“ wegen vielfältiger internationaler Widerstände, die auch und gerade von Russland angeleitet und gebündelt werden sollten, nicht erreichen. Russland hält sich nach den Worten von Außenminister Igor Iwanow für „den klaren Führer aller gesunden Kräfte in der Welt“. Diese Überzeugung wird sich

in den nächsten Jahren – parallel zur immer tieferen Verankerung autoritär-nationalistischer Momente des Kreml-Regimes im Inneren – weiter verstärken.

3.3. Das „Dreieck“ Russland – China – Indien

Ein ebenfalls von Primakow angeregtes „Dreieck“ Russland – China – Indien wäre aus Moskauer Sicht eine wichtige Ergänzung zur „vielpoligen Welt“. Es würde Russland mit zwei weltpolitisch sehr bedeutenden und dem Westen (und vor allem den USA) bekannt skeptisch bis kritisch gegenüberstehenden Ländern verbinden, die gleichzeitig die wichtigsten Kunden seines militärisch-industriellen Komplexes sind: Peking und New Delhi kaufen zusammen etwa drei Viertel des gesamten russischen Rüstungsexports.

Putin rief Anfang Dezember 2002 zu mehr Kooperation zwischen Russland, Indien und China auf. Russland sieht in Separatismus und Terrorismus eine gemeinsame Bedrohung für alle drei Staaten: Moskau habe das Tschetschenienproblem, Chinas Einheit sei in Tibet, Sinkiang und Taiwan bedroht, und Indien sei in Kaschmir gefährdet. Der Umstand, dass Moskau selbst Separatisten in verschiedenen Ländern der GUS politisch und militärisch unterstützt hat (Dnjestr-Gebiet/Moldowa, Abchasien und Südossetien/Georgien, Berg-Karabach/Aserbajdschan), ist traditionell kein Thema zwischen Russland einerseits sowie China und Indien andererseits: Beide Mächte respektieren die russischen „Sonderinteressen“ in der GUS und stehen auch hinter der russischen „Antiterror-Operation“ in Tschetschenien.

Es ist kaum zu bezweifeln, dass sich Russland gerne in der Rolle des informellen Anführers des imaginären „Dreiecks“ sehen würde, obwohl es die mit weitem Abstand geringste Bevölkerungszahl unter den drei Ländern aufweist (vgl. Kap. 6). Putin setzte sich Anfang Dezember 2002 dafür ein, die nach wie vor bestehenden territorialen Streitigkeiten zwischen China und Indien (die 1962 zu einem Grenzkrieg geführt hatten) nicht zum Anlass für neue Kontroversen zu nehmen. Moskau kann denn auch kein Interesse an einem ernstem Konflikt zwischen den beiden anderen „Ecken des Dreiecks“ haben, da dieses dadurch massiv geschwächt würde – und aus russischer Sicht kann nur ein intaktes „Dreieck“ dem Einfluss der USA in Asien effektiv entgegentreten.

Allerdings sind China und Indien durchaus an tragfähigen Beziehungen zu Washington interessiert. Zwischen Indien und China herrscht nach wie vor erhebliches Misstrauen, und ihre (auch atomare) Rüstung ist zu einem nicht unerheblichen Teil gegeneinander gerichtet. Zudem ist der Erzfeind Indiens, Pakistan, ein alter Klient Pekings, das auch das militärische Nuklearprogramm Islamabad gefördert hat. Daher ist eine Institutionalisierung des „Dreiecks“ in absehbarer Zeit illusorisch. Von einer „gemeinsamen Front“ etwa gegen den Westen kann schon überhaupt keine Rede sein. Ebenso gegenstandslos sind

allerdings auch Überlegungen einer Integration Russlands, Chinas und Indiens in eine „gemeinsame transatlantisch-asiatische Sicherheits- und Stabilitätszone“ (Roland Kaestner).

Im November 2002 wurde in Russland eine Meinungsumfrage unter 1500 Personen durchgeführt. Danach stehen 42 Prozent der Befragten China positiv und 36 Prozent neutral gegenüber; nur 12 Prozent äußerten eine schlechte Meinung. Von Bedeutung ist jedoch die regionale Verteilung dieser Antworten: In Sibirien haben 17 Prozent eine schlechte Meinung, im (unmittelbar an China angrenzenden) Fernen Osten Russlands sind es sogar 29 Prozent. Offenbar ist die Meinung der Russen von China umso positiver, je weiter sie von ihm entfernt wohnen. Vor allem (wenngleich nicht nur) im Fernen Osten Russlands wird dem überbevölkerten China ständig vorgeworfen, begehrliche Blicke auf die dünn besiedelten russischen Grenzgebiete zu werfen und gezielt eine illegale Migration nach Russland zu betreiben.

Hier liegt denn auch Konfliktpotenzial für die Zukunft, das geeignet ist, die derzeitige „strategische Partnerschaft“ zwischen Russland und China massiv zu stören oder überhaupt scheitern zu lassen. Selbst das Regierungsorgan „Russländische Zeitung“ räumte im Herbst 2002 ein, dass die Vorstellung von China als „Hauptbedrohung“ Russlands im Außenministerium und im Verteidigungsministerium (und konkret im militärischen Geheimdienst GRU) „populär“ ist. Und in China nimmt man Russland die zwischen 1858 und 1864 abgeschlossenen „ungleichen Verträge“, aufgrund derer große Gebiete an das Zarenreich verloren gingen, bis heute übel. Territoriale Streitigkeiten hatten 1969 zu einem Grenzkrieg zwischen der UdSSR und China geführt.

4. Das Selbstverständnis Russlands als Großmacht im internationalen System

Einerseits befürchtet Russland ständig, marginalisiert oder „zweitrangig“ zu werden, andererseits spricht es sich gerne eine „Schlüsselrolle“ bei der Lösung vieler weltpolitischer Probleme (und aktuell bei der Bekämpfung des Terrorismus; vgl. Kap. 18) zu. Folgerichtig versucht Moskau, unter anderem auf das Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat gestützt in sämtlichen relevanten weltpolitischen Angelegenheiten ein Mitspracherecht zu implementieren. Putin meinte im Juli 2002, dass die russische Außenpolitik „natürlich“ ihren „globalen Anspruch“ behalte. Daran ist auch im Hinblick auf die weitere Zukunft nicht zu zweifeln, auch wenn die bloße Erhebung von Ansprüchen noch wenig über *Fähigkeiten* aussagt, diese auch effektiv durchzusetzen.

Russland misst sich und seinen weltpolitischen Einfluss nicht an Ländern, die eine in der Größenordnung vergleichbare Einwohnerzahl besitzen (in Millionen: Nigeria – 126,6; Japan – 126,7; Bangladesch – 131,3; Pakistan – 144,6; Brasilien –

174,5; Indonesien – 228,4) oder eine ähnliche Wirtschaftsleistung aufweisen (Frankreich, Großbritannien, Italien, Brasilien, Mexiko, Kanada), sondern an den USA oder überhaupt der gesamten NATO. Die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands bezieht sich ganz überwiegend entweder direkt auf die USA und die NATO (also auf einen von Moskau unterstellten Wettstreit um Einfluss mit ihnen) oder wird zumindest im Hinblick auf sie entworfen und umgesetzt.

Somit beansprucht Russland nicht nur für seine innere Entwicklung, sondern auch in den internationalen Beziehungen eine „Sonderrolle“. Ein im Oktober 2002 erschienener RAND-Bericht konstatierte: „There is still a strong political constituency in Russia – both ideologically and within the political economy – that feels distinctly uncomfortable with Russia becoming ‘a normal’ member of the international system“.

5. Fläche

Russland ist mit einer Gesamtfläche von 17,075 Millionen Quadratkilometern (davon Land: 16,996 Millionen, was 11,4 Prozent der gesamten Landfläche der Erde entspricht) der mit Abstand größte Staat überhaupt.

6. Einwohner: Ist-Zustand und Prognosen

Mitte 2002 hatte Russland nach Angaben seines Staatskomitees für Statistik etwa 143,5 Millionen Einwohner (Valerij Tischkow, der einflussreiche Direktor des Instituts für Ethnologie und Anthropologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften, meinte dagegen Anfang September 2002, dass die tatsächliche Zahl unter Berücksichtigung der nirgendwo gemeldeten Einwohner „um einige Millionen höher“ liege).

Nach einer optimistischen Prognose der UNO von 1998 könnte Russland 2050 121,3 Millionen Einwohner haben. Die eigenen russischen Voraussagen liegen meist darunter. Nach der mittleren Variante einer Prognose von Demographen des Instituts für sozialpolitische Forschungen der Akademie der Wissenschaften werden es 2050 nur 80,2 Millionen sein. Das Institut für volkswirtschaftliche Prognostizierung der Akademie der Wissenschaften entwickelte mehrere Szenarien für die weitere demographische Entwicklung, wobei das pessimistischste 86,5 Millionen und das optimistischste 111,7 Millionen vorsieht.

Besonders pessimistische russische Einschätzungen kommen zu dem Schluss, dass das Land 2050 nur noch 70 Millionen Einwohner haben könnte, womit es weltweit nur noch an 17. Stelle stünde; die USA würden hingegen ihren derzeitigen dritten Platz (hinter China und Indien) behalten. Die russische Beunruhigung, die aus solchen Voraussagen regelmäßig resultiert, hat ihre Wurzeln ganz offenkundig in der Befürchtung, dass es mit einer zahlenmäßig

immer schwächer werdenden Bevölkerung noch sehr viel schwerer werden dürfte, als Großmacht (und vor allem gegenüber den USA) glaubwürdig zu bleiben.

Besorgnis in Russland löst auch die Prognose aus, dass der Anteil der ethnischen Russen an der Bevölkerung Russlands (derzeit rund 80 Prozent) in Zukunft sinken könnte, wodurch die islamischen Völker im Nordkaukasus und im Wolgabekken an Bedeutung zunehmen würden: Die Russen fühlen sich nämlich überwiegend als allein „staatsbildendes Volk“, das den anderen „Primitiven“ oder „Barbaren“ auf dem Territorium Russlands die „Zivilisation gebracht“ habe.

7. Erdöl- und Erdgasvorräte

Das russische Staatsbudget hängt massiv von den Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen – vor allem Erdöl und Erdgas – ab. Nach Angaben des stellvertretenden Wirtschaftsministers Maxim Medwedkow von Ende September 2002 entfallen 80 Prozent des russischen Exports auf Rohstoffe. Das bedingt natürlich eine entsprechende Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen, wird sich aber auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern: Es ist so gut wie ausgeschlossen, dass sich Russland als Exporteur etwa von Konsumgütern auf dem Weltmarkt etabliert.

Daten über die russischen Vorräte an strategischen Rohstoffen, darunter Öl und Gas, sind bis heute Staatsgeheimnis. Bei den folgenden Angaben kann es sich daher nur um Schätzungen handeln.

Erdöl

Russland verfügt nach neuesten Schätzungen über Ölvorkommen von 8,2 Milliarden Tonnen. Das entspricht fünf Prozent der Weltvorräte (nach MWV aktuell, 1/2003, S. 5; andere Angaben liegen dagegen zwischen 6 und 12 %). Es liegt damit unter den ölreichsten Staaten der Welt an achter Stelle.

Nach Angaben seines Energieministeriums hat Russland im Jahre 2002 379 Millionen Tonnen Öl gefördert, womit es mit Saudi-Arabien gleichzog. Angeblich reichen die Erdölvorkommen Russlands bei Beibehaltung des jetzigen Förder tempos noch 20 Jahre (USA: zehn Jahre). 2003 will Russland 390 Millionen Tonnen Öl gewinnen.

Erdgas

2002 hat Russland 594 Milliarden Kubikmeter Gas gefördert; 2003 sollen es 604 Milliarden sein. Angeblich besitzt es 35 bis 40 Prozent der Weltreserven an Gas.

8. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das postsowjetische Russland erlebte vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine rasante wirtschaftliche Talfahrt. Eine leichte Erholung wurde vom Kollaps des Rubels im August 1998 zunichte gemacht. In letzter Zeit hat sich das Land wieder spürbar erholt und würde sogar (mit Ausnahme der Inflation) die Maastricht-Kriterien erfüllen.

Nicht explizit thematisiert wird in den offiziellen russischen außen- und sicherheitspolitischen Grunddokumenten, welche auf der „vielpoligen Welt“ aufbauen, der unbestreitbare Umstand, dass Russland von allen „Polen“ der wirtschaftlich schwächste ist. Das wird sich auch in überschaubarer Zukunft nicht ändern.

8.1. Wirtschaftskraft

Eine Studie der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) untersuchte 2002 die 100 größten „Wirtschaftsstrukturen“ der Welt, darunter 71 Länder und 20 internationale Konzerne. Russland steht dabei an 18. Stelle. Seine Wirtschaft übertrifft den größten in der Aufstellung erfassten Konzern, nämlich Exxon Mobil, lediglich um das Vierfache.

Wechselkurs- versus Kaufkraftberechnung

Wenn man die Wirtschaftsleistung Russlands mit Hilfe des Wechselkurses berechnet, liegt es in der Nähe kleinerer europäischer Länder wie Österreich oder Belgien. Wenn man sich hingegen – was methodisch sehr viel seriöser ist – der Kaufkraftparität bedient, kommt Russland auf den zehnten Platz der Weltrangliste.

Bruttonationaleinkommen nach Kaufkraftparitäten

Beim nach Kaufkraftparitäten berechneten Bruttonationaleinkommen ergab sich für das Jahr 2001 folgende Reihung (in Milliarden Dollar, auf ganze Zahlen gerundet):

1. USA – 9907;
2. China – 5506;
3. Japan – 3445;
4. Indien – 2546;
5. Deutschland – 2114;
6. Frankreich – 1483;
7. Vereinigtes Königreich – 1463;
8. Italien – 1414;
9. Brasilien – 1339;
10. Russland – 1296;
11. Mexiko – 892;
12. Kanada – 887;
13. Südkorea – 865.

Österreich nahm mit 224 Milliarden Dollar den 30. Platz ein.

Bruttonationaleinkommen pro Kopf

In der Kategorie Bruttonationaleinkommen pro Kopf (nach Kaufkraftparitäten) für das Jahr 2000 stand Russland unter 207 von der Weltbank erfassten Staaten mit 8010 Dollar an 79. Stelle (unmittelbar hinter Trinidad/Tobago). Die ersten drei Plätze belegten Luxemburg, Liechtenstein und die USA; Österreich lag mit 26 330 Dollar an der 14. Position.

Growth Competitiveness Index

Beim Growth Competitiveness Index (der die Fähigkeit einer Volkswirtschaft erfasst, mittelfristig nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen) für 2002 lag Russland auf dem 64. Platz von 80 klassierten Ländern (1. USA, 18. Österreich). Putin räumte ein, dass Russland 15 Jahre hindurch jährlich ein (unrealistisches) Wirtschaftswachstum von 8 Prozent erzielen müsste, um das pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen Portugals (das zu den schwächsten Ländern in der EU gehört) zu erreichen.

Außenhandel

Im Jahr 2000 hat Russland für 103 Milliarden Dollar exportiert und für 33,9 Milliarden importiert. Zum Vergleich die Daten des Stadtstaates Singapur mit seinen 4,45 Millionen Einwohnern: 134,6 Milliarden Export, 134,5 Milliarden Import (USA: 772 Milliarden Export, 1238 Milliarden Import).

8.2. Ausgewählte Daten zu Wohlstand und Lebensstandard

Armut

Im Februar 2003 erklärte Russlands Arbeitsminister Alexander Potschinok, dass 34 Millionen Personen (und damit etwa ein Viertel der Einwohner des Landes) in Armut leben, also über ein Einkommen von weniger als 1500 Rubel (= 48 Dollar) pro Monat verfügen. Andere Angaben liegen bedeutend höher. Nach Schätzung des russischen Innenministeriums vom Oktober 2002 gab es im Land etwa 4 Millionen Obdachlose.

Korruption

Es ist allgemein bekannt, dass die Korruption längst weite Teile der russischen (Regierungs-)Bürokratie und Verwaltung durchdrungen hat. Die Trennungslinien zwischen staatlichen Behörden (darunter solchen, die Korruption und Wirtschaftskriminalität bekämpfen sollen) und dem organisierten Verbrechen verschwimmen sehr oft. Auf einer Liste von Transparency International für 2002 für den Corruption Perceptions Index (CPI), der 102 Länder erfasste, stand Russland mit einem CPI von 2,7 (zusammen mit Cote d'Ivoire, Honduras, Indien, Tansania und Simbabwe) auf dem 71. Platz. An der Spitze (als das am wenigsten korrupte Land) stand Finnland. Österreich nahm den 15. Platz ein.

Human Development Index

Das United Nations Development Programme arbeitet mit einem Human Development Index, der die Lage in einem Land in den Bereichen Lebenserwartung, Wissen und Lebensstandard verbindet. 2002 belegte Russland unter 173 Ländern den 60. Rang (1. Norwegen, 6. USA), womit es gegenüber 2001 fünf Plätze verlor.

Lebenserwartung

Die Lebenserwartung eines im Jahr 2000 geborenen Mannes beträgt 58 bis 59 Jahre (Frauen 72). Damit erreicht der durchschnittliche männliche Einwohner Russlands das Pensionsalter nicht. Das ist die niedrigste Lebenserwartung für Männer in der ganzen GUS und geht offenkundig auf den verbreiteten Alkoholmissbrauch zurück. Demgegenüber beträgt die Lebenserwartung der Männer in Schweden 77, in Griechenland und Großbritannien jeweils 75 Jahre.

Freiheit der Presse

Nach einer Wertung der „reporters sans frontières“ gab es 2002 in Finnland, Island, Norwegen und den Niederlanden die größte Pressefreiheit, in Nordkorea die geringste. Die USA nahmen den 17. Platz ein, Österreich teilte mit Südafrika und Japan den 27. Platz. Russland lag an 121. Stelle (von 139 Ländern).

Seit dem Jahr 2000 (als Putin zum Präsidenten gewählt wurde) nimmt die Freiheit der Presse den Berichten von „Freedom House“ zufolge kontinuierlich ab. Im Report „Freedom of the Press 2003“ dieser unabhängigen Organisation wurde Russland von „partly free“ 2002 auf „not free“ zurückgestuft. Ende Juni 2003 wurde die letzte wichtige unabhängige Fernsehstation, TWS, abgeschaltet. Seither kontrolliert der Kreml sämtliche landesweit sendende TV-Kanäle.

Morde

Russland steht nach einer Statistik der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weltweit bei der Wahrscheinlichkeit, an einem gewaltsamen Tod zu sterben, an dritter Stelle; größer ist diese nur in Kolumbien und El Salvador. 1998 wurden in Russland 21,6 Personen pro 100 000 Einwohner ermordet, was 43 Mal so viel ist wie in Frankreich, 31 Mal so viel wie in Deutschland und drei Mal mehr als in den (als besonders gewalttätig geltenden) USA. In letzter Zeit gab es keine Verbesserung. 2001 wurden in Russland 34 000 Menschen ermordet. Die WHO-Zahlen dürften aber noch untertrieben sein, weil sie nur jene Personen erfassen, die an Ort und Stelle umkamen. Wie Anfang Oktober 2002 aus dem Sicherheitsausschuss der Staatsduma verlautete, sterben jedes Jahr rund 40 000 Personen an bei gewaltsamen Auseinandersetzungen erlittenen Verletzungen, und die Ursachen des Todes von weiteren 19 000 werden nie ermittelt (davon dürften etwa 70 Prozent Morde sein). Somit ergeben sich über 90 000 Morde im Jahr.

8.3. Ökonomische Sicherheit

Der ökonomischen Sicherheit wird in Russland seit jeher große Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei zielen die meisten Überlegungen auf eine mehr oder weniger große Autarkie gegenüber der Außenwelt (also auf eine möglichst geringe Abhängigkeit von Einfuhren) ab. Die Folge ist eine tendenziell protektionistische Wirtschaftspolitik, unter deren Vorbehalt jede „Integration Russlands in die Weltwirtschaft“ steht. Der ideologische Hintergrund dafür ist, dass weite Kreise der Eliten wie der Bevölkerung Russland immer noch – so eine seriöse Moskauer Zeitschrift im November 2002 – für eine „belagerte Festung halten, mit der viele Generationen von russischen Bürgern aufgewachsen sind“. Diese „Festung“ sei umso sicherer, je weniger sie von der akut oder zumindest potenziell stets „feindlichen Umwelt“ (und vor allem dem Westen) erpressbar wäre. Die praktische Politik Russlands geht damit zwangsläufig auf Kosten der ökonomischen Sicherheit anderer Länder (nicht nur in der GUS), die – so beim Energieträger-Import – massiv von Russland abhängig sind.

Russland will als Lieferant von Energieträgern auf den Weltmärkten expandieren und strebt gleichzeitig an, möglichst viele Transportkorridore – Öl- und Gaspipelines, Eisenbahnstrecken – über sein Territorium zu leiten. Das bringt erhebliche Transitgebühren. Vor allem aber werden auf diese Weise sowohl

asiatische Liefer- wie westliche Empfängerländer von Moskau abhängig, das diese Verbindungen im Bedarfsfall natürlich auch unterbrechen könnte.

Russische Erdöl- und Erdgaskonzerne sind nicht nur im Gebiet der früheren UdSSR sehr aktiv, sondern versuchen auch, im Baltikum und in Ostmitteleuropa ein sehr ambitioniertes Expansionsprogramm umzusetzen: Sie bieten dort (oft als Konkurrenten der OMV) bei den meisten Privatisierungen von Raffinerien und anderen für die Energieversorgung wichtigen Anlagen (Hafenanlagen, Tankstellennetze) sehr aktiv mit. Ein wichtiges mittelfristiges Ziel der russischen Außenwirtschaftspolitik ist die Etablierung auf dem Erdölmarkt der USA, wo Russland bisher kaum präsent ist.

Auf Diskussionen über Transportlinien, die Russland umgehen könnten, reagiert Moskau regelmäßig mit Verärgerung und Versuchen, ihr Zustandekommen zu verhindern. Ein derzeit besonders aktuelles Beispiel ist die 2002 begonnene Erdölpipeline Baku (Aserbaidschan) – Tbilisi (Georgien) – Ceyhan (Türkei), die bis 2005 fertig gestellt werden soll: Moskau hat versucht, das Projekt durch Medienberichterstattung sowie politische und diplomatische Initiativen zu diskreditieren und besteht darauf, dass das aserbaidschanische Erdöl über russisches Territorium zum Schwarzmeerhaften Noworossijsk geleitet werden müsse. Sollte es überhaupt gelingen, die Pipeline Baku – Ceyhan zu vollenden, ist ihr störungsfreier Betrieb keineswegs gesichert. Ein Problemfaktor ist vor allem Georgien, dessen Regierung nur einen Teil des Staatsgebiets kontrolliert. Das eröffnet für den Zukunft die Möglichkeit von Anschlägen auf die Rohrleitung. In Georgien wäre man an einer Rolle der NATO beim Schutz der Pipeline interessiert, aber darauf dürfte sich die Allianz (wegen des Bemühens, Moskau nicht noch mehr zu „verstimmen“) vermutlich nicht einlassen.

8.4. Militärausgaben

Die in der westlichen und russischen Presse immer wieder genannten niedrigen Militärausgaben Russlands (wie etwa fünf Milliarden Dollar) erklären sich aus einer einfachen Umrechnung des offiziell angegebenen Militärbudgets auf der Grundlage des gerade aktuellen Wechselkurses zwischen Dollar und Rubel. Das ist allerdings methodisch überaus fragwürdig (vgl. Kap. 8.1.). Eine seriöse Analyse muss die einzelnen Sparten des Militärbudgets getrennt mit ihren Kaufkraftparitäten bewerten und addieren. Nach Berechnungen von Roland Götz (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) ergibt sich dann für 1999 ein Anteil der Militärausgaben von 5,37 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (und nicht 2,34 wie offiziell; siehe Tabelle). Götz zufolge lag Russland im Jahr 2000 bei den absoluten Zahlen der Militäraufwendungen mit 59 Milliarden Dollar hinter den USA (295 Milliarden) weltweit an zweiter Stelle (China 41, Deutschland 28 Milliarden).

Tabelle 1: Entwicklung des russischen Militärbudgets 1995 bis 2003
(offizielle Zahlen)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
% vom BIP	3,76	3,59	3,82	2,97	2,34	2,63	2,66	2,6	2,65
% der Budget= ausgaben	20,85	18,92	19,76	17,32	16,29	16,45	17,29	14,6	14,74

Quelle: Nezavisimoe voennoe obozrenie, 17.1.2003, S. 4.

„Nationale Verteidigung“ ist im Budgetvoranschlag für 2003 der größte Budgetposten. Auf „Rechtsschutzfähigkeit und Garantie der Staatssicherheit“ entfallen 10,4 Prozent. 45 Prozent des Postens „Sozialpolitik“ (6,4 Prozent der Gesamtausgaben) sind für die Pensionen von ehemaligen Militärangehörigen vorgesehen. Weitere sicherheitspolitisch relevante Posten sind „Militärreform“ (0,67 Prozent), „Entsorgung und Zerstörung von Waffen, u.a. zur Erfüllung von internationalen Verträgen“ (0,46 Prozent) und „Mobilisierungsvorbereitung der Wirtschaft“ (0,02 Prozent). Die Konversion (Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion) ist mit 0,01 Prozent völlig unbedeutend und erheblich niedriger dotiert als etwa das „Funktionieren des Staatsoberhauptes – des Präsidenten der Russländischen Föderation“ (0,17 Prozent).

Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Alexej Arbatow, meinte im September 2002, dass „Entscheidungen, die hinter verschlossenen Türen getroffen werden, dazu führen, dass bis jetzt 90 Prozent unseres Militärbudgets zur Vorbereitung und Erhaltung jener Truppen aufgewendet werden, die für einen großen Krieg gegen die NATO vorgesehen sind“. Das dürfte sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern. Es ist auch mit einem Ansteigen der Militärausgaben zu rechnen, was mit einem Hinweis auf eine „Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus“ (also den Tschetschenienkrieg) sowie den Kosovo-Krieg 1999 und den Irakkrieg 2003, die aus russischer Sicht von einer „Bedrohung aus dem Westen“ zeugen, problemlos gerechtfertigt werden kann.

Die Bevölkerung ist offenkundig bereit, Einbußen ihres Lebensstandards in Kauf zu nehmen, um die Armee zu modernisieren. Forderungen nach Einschränkung der Rüstung sind in Russland äußerst unpopulär und werden in Wahlkämpfen nicht einmal von den (relativ) „prowestlichst“ Parteien (Jabloko, Union der rechten Kräfte) akzentuiert.

8.5. Auslandsverschuldung

Die Auslandsschulden entwickelten sich nach russischen Angaben wie folgt (in Milliarden Dollar): 1993 – 112,7; 1995 – 120,4; 1996 – 134,6; 1997 – 133,1; 1998 – 156,7; 1999 – 158,4; mit 1. Oktober 2002 betragen die russischen Auslandsschulden der Zentralbank zufolge 149,7 Milliarden Dollar. 2003 muss Russland 17,3 Milliarden Dollar in die Bedienung seiner Auslandsschulden investieren (10,8 für die Begleichung der Schuld, 6,5 für Zinsen).

Die Großmacht Russland beieilt sich nicht mit der Rückzahlung ihrer Schulden (auch nicht beim kleinen Österreich), obwohl das über Lieferungen von Rohstoffen (und vor allem Öl und Gas) problemlos durchzuführen wäre. Diese Politik wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern, wenn sich westliche Staaten und von ihnen dominierte internationale Finanzinstitutionen nicht zu mehr Druck auf Moskau entschließen sollten (was sehr unwahrscheinlich ist).

Für 2003 wurde der dritte Budgetvoranschlag in Folge beschlossen, der einen Überschuss vorsieht. Das ist ein unmissverständlicher Hinweis darauf, dass die Rückzahlung der Auslandsschulden durchaus höher als anberaumt hätte ausfallen können. Da zudem noch ein kostspieliger Krieg in Tschetschenien bedeckt werden muss, haben westliche Staaten und internationale Finanzinstitutionen an sich keinen Grund, Russland neue Kredite zu gewähren oder die Rückzahlung alter Schulden zu erleichtern (oder ganz zu erlassen).

8.6. Rüstungsexport

Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI war Russland im Jahr 2001 der bedeutendste Waffenexporteur der Welt. Es soll für 4,97 Milliarden Dollar Waffen verkauft und damit die USA (4,56 Milliarden) erstmals seit sowjetischen Zeiten überholt haben. Andrej Beljaninow, zeigte sich von den SIPRI-Zahlen Anfang Juli 2002 „überrascht“. Sie seien „zu optimistisch“; Russland belege eigentlich nur den dritten oder vierten Rang. Tatsächlich dürfte es sich um eine Frage der Berechnungsmethode handeln: SIPRI zählt nämlich Waffen mit ähnlichen Eigenschaften (wie etwa die Kampfflugzeuge MiG-29 und F-16) mit dem gleichen Preis (in diesem Fall 30 Millionen Dollar).

General Michail Dmitrijew, Vorsitzender des Staatskomitees für militärische und technische Kooperation mit dem Ausland, meinte Mitte Februar 2003, dass Russland 2002 für 4,8 Milliarden Dollar Waffen exportiert und 4,5 Milliarden eingenommen hat.

Die Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre breit diskutierte Konversion (= Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion) ist derzeit überhaupt kein Thema und dürfte auch keines mehr werden. Stattdessen ist es das Ziel Russlands, eine möglichst starke Position auf den Weltwaffenmärkten zu erreichen und zu halten und, wenn möglich, die USA zu

überholen. Dabei interessieren Moskau Fragen wie die regionale Stabilität und ihre mögliche Störung durch seine Waffenlieferungen (so etwa die Frage, ob China damit nicht leichter in die Lage versetzt werden könnte, einen Krieg gegen Taiwan zu beginnen) traditionell kaum.

9. Militarisierungsgrad

Eine Moskauer Wochenzeitschrift publizierte Ende Oktober 2002 eine mit „Staatsgewalt in den Ländern der Welt“ übertitelte Aufstellung, die 63 Staaten (ohne Österreich) nach folgenden Kriterien verglich: Prozentanteil an der Gesamtbevölkerung von Inhaftierten sowie Mitarbeitern von Armee, Polizei, Geheim- und Spezialdiensten (inklusive Grenztruppen); daraus ergab sich eine Rangliste. An der einsamen Spitze steht Nordkorea mit einem Rating von 34,49, gefolgt von Kuba (9,88) und Südkorea (9,20). Den letzten Platz belegt Kenia (0,21). Russland liegt an elfter Stelle (2,38): 0,75 Prozent (= 1,08 Millionen Personen) seiner Bevölkerung sind in der Armee, 0,49 Prozent (= 707 000) in der Polizei (Miliz) und 0,51 Prozent (= 735 000) in Geheimdiensten. In den USA gehören 0,48 Prozent (= 1,36 Millionen Personen) der Armee an, 0,33 Prozent (= 926 600) der Polizei und 0,13 Prozent (= 358 000) Geheimdiensten. Das amerikanische FBI hat nach eigenen Angaben 11 400 Spezialagenten und 16 400 andere Mitarbeiter. Der russische Föderale Sicherheitsdienst (FSB) verfügte dagegen den meisten Pressemeldungen zufolge (vor der Angliederung der Grenztruppen im März 2003) über etwa 75 000 Mitarbeiter (manche Angaben gingen bis etwa 90 000). Allerdings haben die USA fast doppelt so viele Einwohner wie Russland.

Die konventionelle Streitmacht Russlands ist zumindest quantitativ nach wie vor beeindruckend. 2002 verfügte es über 21 870 Kampfpanzer (USA [inklusive Marineinfanterie] etwa 8000), 25 975 Panzerfahrzeuge (USA 22 620) und 20 746 Artilleriegeschütze (USA etwa 7000).

10. Atomare Bewaffnung

Mitte 2002 verfügte Russland über etwa 8400 einsatzfähige Atomsprengköpfe: 5000 auf strategischen Nuklearwaffenträgern (3011 auf Interkontinentalraketen/ICBMs, 1072 auf UBooten/SLBMs und 868 auf Bombern) sowie 3400 nichtstrategische und der Luftverteidigung dienende Sprengköpfe (davon 1200 zur Luftverteidigung, 1540 auf Bombern und Jägern sowie 640 in der Kriegsmarine). Dazu kamen noch rund 9600 (strategische und nichtstrategische) aus verschiedenen Gründen gelagerte Sprengköpfe. Von den aktiven strategischen Atomsprengköpfen waren 3011 auf 706 landgestützten Raketen/ICBM (Typen: SS-18, SS-19, SS-24 M1, SS-25, SS-27), 1072 auf 232 UBoot-gestützten Raketen/SLBM (SS-N-18 M1, SS-N-20, SS-N-23) und 868 auf 78 Langstreckenbombnern

(Tu-95 MS6, Tu-95 MS16, Tu-160) stationiert. – Die USA besaßen im Frühjahr 2002 etwa 10 600 Atomsprengköpfe, von denen fast 8000 aktiv oder einsatzfähig waren (fast 2700 inaktiv).

11. Atomwaffen als politisches und militärisches Instrument

Russland betrachtet sein Atomarsenal nicht nur als militärisches Instrument für den derzeit und in der überschaubaren Zukunft wohl wenig wahrscheinlichen Fall eines Atomkrieges, sondern auch als politischen „Hebel“, der auch und gerade in den Beziehungen zum Westen angesetzt werden kann. Auch „demokratische“ russische Politiker (von Militärs ganz abgesehen) winken gerne mit dem „atomaren Zaunpfahl“. Zahlreiche russische Politiker, Militärs und Medien zeigen sich immer wieder fest davon überzeugt, dass es einzig und alleine die Kernwaffen sind, die den Westen davon abhalten, gegen Russland militärisch zu intervenieren (etwa wegen des Tschetschenien-Krieges).

Die russische Strategie, die gegenüber den USA offenkundig bestehende Asymmetrie in den Bereichen Wirtschaft und konventionelle Streitkräfte durch ein großes Atompotenzial zu kompensieren, ist offenkundig erfolgreich: Russland hat in den internationalen Beziehungen zweifellos viel mehr Einfluss als man aufgrund von Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung annehmen könnte.

In den „Grundbestimmungen der Militärdoktrin der Russländischen Föderation“ (RF) von 1993 hieß es, dass Russland seine Kernwaffen gegen keinen Staat einsetzen werde, der Teilnehmer des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 ist und über keine Kernwaffen verfügt, „außer im Falle a) eines bewaffneten Überfalls auf die RF, ihr Territorium, ihre Streitkräfte und andere Truppen oder ihre Verbündeten durch einen solchen Staat, der durch ein Bündnisabkommen mit einem Staat verbunden ist, der über Kernwaffen verfügt; b) gemeinsamer Handlungen eines solchen Staates mit einem Staat, der über Kernwaffen verfügt, zur Durchführung oder Unterstützung eines Eindringens in oder eines bewaffneten Überfalls auf die RF, ihr Territorium, ihre Streitkräfte und andere Truppen oder ihre Verbündeten“. Ganz ähnlich lautet die Formulierung in der erneuerten Militärdoktrin von 2000. – Damit wird eine Anwendung von Kernwaffen nicht nur als Reaktion auf einen atomar ausgeführten Angriff, sondern auch als Ersteinsatz für den Fall angedroht, dass ein Angriff mit konventionellen, chemischen und biologischen Waffen erfolgt.

Einschlägig bedeutende Aussagen erhält auch die (der Militärdoktrin in der Hierarchie sicherheitspolitischer Dokumente Russlands übergeordnete) „Konzeption für nationale Sicherheit“, die erstmals 1997 vorgelegt und 2000 in einer modifizierten Fassung verabschiedet wurde. Dabei kam es nach allgemeiner Auffassung der Beobachter zu einer Senkung der Schwelle zu einem Atomwaf-

feneinsatz: Während es in der Fassung von 1997 hieß, dass er bei einer „Bedrohung für die Existenz Russlands als souveräner Staat“ erfolgt, wurde er 2000 für den Fall vorgesehen, dass bei der „Abwehr einer bewaffneten Aggression alle anderen Maßnahmen zur Lösung einer Krisensituation erschöpft sind oder sich als ineffektiv erwiesen haben“.

Die Militärdoktrin von 2000 lässt keinen Zweifel daran, dass Russland in lokalen Kriegen wie auch internationalen militärischen Konflikten eine „Neutralisierung des Aggressors“ und eine Regelung zu Bedingungen erreichen müsse, die seinen Interessen entsprechen. Das impliziert offenkundig die Vorstellung von der Gewinnbarkeit eines Atomkrieges (welche die UdSSR offiziell immer kategorisch bestritten hatte).

12. Atomstrategische Abrüstung

Aus der russischen Überzeugung, die eigene internationale Bedeutung vor allem dem Atompotenzial zu verdanken, entspringt bereits die Unmöglichkeit einer vollkommenen atomaren Abrüstung im Hinblick auf eine „atomwaffenfreie Welt“ (dazu kommen freilich noch viele andere Faktoren, die dieses Ziel gänzlich unrealistisch erscheinen lassen).

Am 24. Mai 2002 unterzeichneten Putin und sein amerikanischer Amtskollege George W. Bush den „Treaty between the United States and the Russian Federation on Strategic Offensive Reductions“, der den beiden Ländern bis 31. Dezember 2012 je 1700 bis 2200 Atomsprengköpfe (und damit etwa zwei Drittel des aktuellen Arsenal) zugesteht. Jede Vertragspartei hat das Recht, Zusammensetzung und Struktur ihrer Offensivwaffen frei zu bestimmen. Washington hatte zunächst überhaupt keinen Vertrag gewollt und eine unverbindliche Übereinkunft für ausreichend gehalten, doch setzte sich Moskau mit seiner Forderung nach einem verbindlichen Dokument durch. Wenn es implementiert wird, hätte Russland eine Abrüstung der USA auf ein Niveau erreicht, das es sich selbst leisten kann. Die USA hätten nämlich kaum Probleme, den vom (Ende 2001 für erfüllt erklärten und im neuen Vertrag bestätigten) START I-Vertrag von 1991 gesetzten Rahmen von 6000 Sprengköpfen voll auszuschöpfen, was aber für Russland wirtschaftlich untragbar wäre. Die USA haben jedenfalls mit dem neuen Vertrag grundsätzlich (erneut) das von Moskau auch nach dem Ende der UdSSR (1991) entschieden verfochtene Prinzip der „atomstrategischen Parität“ zwischen den beiden Ländern anerkannt, obwohl sie aufgrund ihres überlegenen Wirtschaftspotenzials viel mehr strategische Atomwaffen unterhalten könnten als Russland.

„Strategic Offensive Reductions“ enthält keinerlei Bestimmungen allgemein zur Verifikation oder konkret zur Zählweise der Sprengköpfe. Russische Kritik an dem Dokument bezog sich insbesondere auf den Umstand, dass keine

Vernichtung demontierter Sprengköpfe vorgesehen ist, so dass beliebig viele für eine spätere Reaktivierung eingelagert werden können. Dafür trat Russland am Tag nach dem formalen Ausscheiden der USA aus dem ABM-Vertrag (13.6.2002) aus dem Anfang 1993 unterzeichneten START II-Vertrag aus und entledigte sich damit des dort verankerten Verbots von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) auf ICBM.

Russland wird auch künftig versuchen, seine Auf- und Abrüstung so weit wie möglich vom Westen finanzieren zu lassen. Nach Angaben in der russischen Presse haben sich die USA (Nunn-Lugar-Programm) die Abrüstung Russlands zwischen 1992 und 2002 sechs Milliarden Dollar kosten lassen; dazu kamen noch 500 Millionen Dollar der EU. Beim Gipfeltreffen der G-7 und Russlands (= G-8) im kanadischen Kananaskis Ende Juni 2002 wurde Moskau die Zahlung von 20 Milliarden Dollar für die Abrüstung von Massenvernichtungswaffen innerhalb von zehn Jahren zugesagt. Politische Bedingungen waren Russland nicht gestellt worden.

13. UNO und OSZE

Russland (als Rechtsnachfolger der UdSSR) hat schon durch seinen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat erheblichen Einfluss auf die Weltpolitik. Es legt besonderen Wert darauf, dass sämtliche weltpolitisch relevanten Entscheidungen in der UNO fallen müssen, weil es dann ihm missliebige Entscheidungen jederzeit durch sein Vetorecht verhindern kann.

Moskau bekämpft verbal alles, was „in Umgehung des UNO-Sicherheitsrates“ unternommen werden könnte, um auf diese Weise ein Vetorecht über Entscheidungen des Westens (und vor allem seiner Führungsmacht USA) zu etablieren. Die Interventionen gegen Jugoslawien (1999) und den Irak (2003) ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates quittierte Russland denn auch mit lautem Protest – nicht nur, weil es sich dabei um befreundete Staaten handelte, sondern auch, weil sein Vetorecht entwertet wurde. Gleichzeitig käme es Moskau nie in den Sinn, seine militärische und militärpolitische Handlungsfreiheit vom UNO-Sicherheitsrat (und damit vom Vetorecht der dort vertretenen westlichen Mächte) abhängig zu machen.

Folgerichtig bemüht sich Russland auch, die Bedeutung der NATO für die europäische Sicherheit so gering wie möglich zu halten. Denkbare Bemühungen, die NATO zu einem „politisch-militärischen Stabilitätsrahmen für Europa und darüber hinaus“ auszubauen (Peter Schmidt), würden – selbst bei Überwindung bündnisinterner Widersprüche – zweifellos an Moskau scheitern. Es besteht darauf, dass alleine die über keine Militärorganisation verfügende OSZE (wo es ebenfalls ein Vetorecht hat) Hauptforum für entsprechende Entscheidungen sein müsse.

Die OSZE-Politik Moskaus ist klar seinen Zielen in den Beziehungen zur NATO untergeordnet. Sie soll vor allem „den Schaden für die nationalen Interessen Russlands wegen der NATO-Osterweiterung mildern“ und einen aus russischer Sicht drohenden „NATO-Zentrismus“ in Angelegenheiten der europäischen Sicherheit abwenden.

Die OSZE ist somit aus russischer Sicht kein Selbstzweck – sie soll konkret als „Transmissionsriemen“ russischer Interessen dienen. Wenn das nicht möglich ist, reagiert Moskau scharf: So warf es die OSZE-Mission Ende 2002 aus Tschetschenien hinaus. Die westlichen Proteste hielten sich in engen Grenzen.

14. Politik gegenüber der GUS

14.1. Ziele

Der GUS kommt die unbestritten erste Priorität der russischen Außen- und Sicherheitspolitik zu, und das wird sich in den nächsten Jahren auch nicht ändern. Moskau strebt eine größtmögliche „Integration“ auf allen Gebieten – Politik, Wirtschaft, Militär, aber auch Kultur, Medien und Wissenschaft – unter seiner Führung an. Zahlreiche russische Bewegungen und Parteien (darunter mit der Kommunistischen Partei die stärkste des Landes) haben sogar die Wiederherstellung der UdSSR in ihrem Programm.

14.2. Das „Nahe“ und das „Ferne“ Ausland

Seit 1992 unterscheidet man in Russland allgemein zwischen dem „Nahen Ausland“, d.h. den anderen GUS-Staaten, und dem „Fernen Ausland“ (also dem „Rest der Welt“). Dies deutet bereits an, dass das man den früheren Sowjetrepubliken einen niedrigeren „Grad an Unabhängigkeit“ als allen anderen Ländern zubilligt.

14.3. Ein „roter Gürtel“ um Russland?

Der stellvertretende Leiter von Putins Präsidialadministration, Wladislaw Surkow, gilt als einer der wichtigsten Ideologen der russischen GUS-Politik. Er geht (wie auch die große Mehrheit der russischen Eliten) davon aus, dass es für Moskau umso vorteilhafter ist, je „linker“ die Regierungen in den GUS-Staaten und im Baltikum sind. Daher tritt er für die Schaffung eines „roten Gürtels“ um Russland ein. Entsprechend verteilt Moskau auch seine Sympathien (und zweifellos auch finanzielle Mittel an prorussische politische Kräfte in den GUS-Staaten).

14.4. Die „Strategie der zwei Grenzen“ Russlands

Korrespondierend zum Konzept des „Nahen“ und „Fernen Auslands“ setzt Moskau auf eine „Strategie der zwei Grenzen“, nämlich „innere“ (zwischen GUS-Mitgliedern) und „äußere“ Grenzen (= also Grenzen von GUS-Ländern mit Staaten, die nicht ebenfalls der GUS angehören). Russland versucht somit, ein Konzept unterschiedlicher „Qualität“ von Grenzen zu implementieren. Es würde gerne überhaupt nur die „Außengrenzen“ der GUS – mit Ausnahme der baltischen Staaten die Grenzen der früheren UdSSR – (am besten mit seinen eigenen Grenzsoldaten) bewachen und die „inneren“ Grenzen ohne jede Befestigungen und generell so durchlässig wie möglich halten.

14.5. Die GUS als Instrument Russlands?

Die GUS hat 1991–92 zweifellos dazu beigetragen, den Zerfall der UdSSR in kontrollierte Bahnen zu lenken und ein „jugoslawisches Szenario“ in (post-) sowjetischen – und damit sehr viel größeren – Maßstäben zu verhindern. Dann aber trachtete Moskau, die GUS zu einem Instrument zur Wahrung und Stärkung seines Einflusses in den anderen früheren Sowjetrepubliken zu machen. Offenbar sollte nach dem Zerfall des „äußeren Imperiums“ (also des Warschauer Paktes) beziehungsweise des gesamten „Sozialistischen Weltsystems“ (1989–91) wenigstens das frühere „innere Imperium“ in Gestalt der früheren UdSSR soweit wie möglich unter der Kontrolle Moskaus gehalten werden. Russland beansprucht die GUS als „besondere Interessenzone“, aus der dritte Mächte (und vor allem die USA) so weit wie möglich ferngehalten werden sollen.

Russische Quellen nennen unter den Zielen der Moskauer Politik in der GUS eine „abgestimmte Politik“ in den Bereichen internationale Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Streitkräfteaufbau oft an erster Stelle. In der Praxis hat Russland immer wieder versucht, die anderen GUS-Staaten auf eine „gemeinsame“ – also seine – außen- und sicherheitspolitische Linie zu verpflichten. Das brachte aber nicht immer die erhofften Erfolge. Zeitweise wurde Moskau nur von seinen ohnedies engen Verbündeten Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan unterstützt. Das betraf etwa die Einstellung zur NATO, ihrer Osterweiterung und der Operation „Allied Force“ 1999 gegen Jugoslawien. Moskau versuchte auch, anlässlich der Irakkrise 2002/2003 in der GUS eine größtmögliche Zustimmung zu seiner (die US-Politik schroff ablehnenden) Position zu erreichen. Der usbekische Präsident Islam Karimow und der georgische Präsident Eduard Schewardnadse (dessen Image in Russland ohnedies so schlecht ist, dass er quasi nichts mehr zu verlieren hat) stellten sich jedoch offen hinter die USA.

Zahlreiche Äußerungen aus Politik, Militär, Medien und Öffentlichkeit Russlands zeigen, dass die GUS inzwischen als Region angesehen wird, in der sich russische und westliche Einflüsse überschneiden und miteinander

konkurrieren. Dabei möchte sich Russland seinen politischen und ökonomischen Einfluss möglichst nicht von (west)europäischen und euro-atlantischen Organisationen relativieren lassen. Die GUS-Länder sollen sich konkret von der NATO fernhalten und sich stattdessen politisch und militärisch auf Moskau orientieren – sowohl im Rahmen der „Integration“ in der GUS als auch in einer bilateralen Kooperation mit Russland. Zudem sollen die ehemaligen Sowjetrepubliken auch wirtschaftlich auf Russland und die GUS fixiert bleiben und etwa russischem Kapital bevorzugte Bedingungen bei der Privatisierung einräumen.

In der „Außenpolitischen Konzeption“ (2000) Russlands heißt es unmissverständlich, dass die GUS-Republiken „auf gebührende Weise die Interessen der Russländischen Föderation berücksichtigen“ müssten. In der Praxis versucht Moskau, in den GUS-Staaten „Sonderinteressen“ und ein Mitspracherecht auch in inneren Angelegenheiten geltend zu machen. Russland will den GUS-Republiken offenbar nur eine „beschränkte Souveränität“ zugestehen. Ihr Recht auf die Regelung der eigenen Angelegenheiten soll dort enden, wo Interessen Moskaus (subjektiv betrachtet) negativ tangiert würden. In Moskau geht man wie selbstverständlich davon aus, dass es in den GUS-Staaten keine Regimes geben darf, die Russland (seiner Meinung nach) offen „feindselig“ gegenüberstehen.

14.6. Russland und der Separatismus in der GUS

Die russische Unterstützung für bewaffnete Separatisten war (und ist) eines der effektivsten Instrumente, die Russland gegen „unbotmäßige“ GUS-Staaten zum Einsatz gebracht hat. Die betroffenen Republiken – Moldowa, Georgien und Aserbaidshjan – glaubten, dass nur eine mehr oder weniger weit gehende Annäherung an Moskau eine Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität verspräche. Diese zeichnet sich allerdings auch nach vielen Jahren Verhandlungen, die Russland als Vermittler so weit wie möglich zu dominieren trachtete, nicht ab. Moskau ist daran interessiert, den (naturgemäß den Separatisten in die Hände spielenden) „Status quo“ so lange wie möglich zu perpetuieren. Derzeit spricht nichts für ein bevorstehendes Scheitern dieser Strategie.

15. Politik gegenüber den USA

Die USA sind seit 1945 der Hauptbezugspunkt der Politik Moskaus. Der Grund ist, dass sie (mit einer kurzen Unterbrechung 1989–1992) als jener Faktor empfunden werden, der die sowjetische/russische Macht am meisten begrenzt.

Die USA liegen in Meinungsumfragen unter jenen Ländern, die unbeliebt sind beziehungsweise als „feindlich“ oder aber als potenziell für Russland am bedrohlichsten angesehen werden, meist mit großem Abstand an der Spitze (Deutschland, immerhin Gegner in zwei Weltkriegen, hat demgegenüber ein viel positiveres Image). Nicht nur in den Streitkräften werden die USA mitunter „potenzieller Gegner“ genannt. Die vehemente Ablehnung der US-Politik ist zweifellos ein integrierender Faktor in Eliten und Gesellschaft Russlands und steht auf einer sicheren populistischen Grundlage. Das wird sich in den nächsten Jahren keinesfalls ändern.

In Russland herrscht die Überzeugung vor, dass Washington zum „Unilateralismus“ neige. Hier will Moskau auf mehreren Ebenen gegensteuern: Zunächst verlangt es die Verlagerung sämtlicher irgendwie relevanter weltpolitischer Angelegenheiten in den UNO-Sicherheitsrat (vgl. Kap. 13). Vor allem aber versucht es, die US-Politik konterkarierende „Gegenkoalitionen“ aufzubauen. Jurij Fjodorow, Professor am angesehenen Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), konstatierte eine Erweiterung der russischen „Kontakte mit antiamerikanischen Regimes bei kühlen ... Beziehungen zu den USA. Ziel ist die Schaffung einer informellen Koalition verschiedener Regimes, die auf eine Begrenzung des amerikanischen Einflusses gerichtet ist“. Die „Gegenkoalitionen“ erstrecken sich auf Europa (zusammen mit Frankreich und Deutschland), den Nahen Osten (mit Syrien, Saddam Husseins Irak [der ab März 2003 ausfiel] und dem Iran, die alle das Existenzrecht Israels explizit ablehnen) und Asien (mit China und Indien; siehe Kap. 3.3.). Der Hintergrund für das Interesse Moskaus an diesen gegen Washington gerichteten informellen Allianzen ist die Überzeugung, von jeder (angeblichen oder tatsächlichen) Schwächung des US-Einflusses zu profitieren (vgl. Kap. 3.1.). Daher glaubt Russland, dass ihm die von den Ereignissen um den Irak 2002/2003 ausgelöste Krise der transatlantischen Beziehungen zugute kommt (vgl. Kap. 19).

16. Russland und die NATO

Vgl. dazu Martin Malek: Die NATO und Russland zwischen Kooperation und Konfrontation. Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie), 3/2003.

17. Beziehungen zur EU

17.1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die EU ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner Russlands: Auf die Union entfallen rund 40 Prozent des russischen Außenhandels. Die EU ist auch der größte Investor in Russland: Etwa 60 Prozent der Investitionen (und 40 Prozent der Direktinvestitionen) kommen von dort.

Moskau betrachtet die EU und ihre Mitglieder streng pragmatisch als Modernisierungs- und Wirtschaftspartner, von denen es Kapital (in Form von Investitionen, Wirtschaftshilfe oder Krediten) bezieht und an die es Rohstoffe (und vor allem Energieträger) verkauft. Das bringt „harte“ Währung und schafft Abhängigkeiten (vgl. Kap. 8.3.). An eine Annäherung an die von der EU verkörperten Werte vor allem in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Subsidiarität und Sozial- sowie Umweltstandards denkt Moskau explizit nicht.

Im November 2002 erkannte die EU Russland als Marktwirtschaft an. Für Russland war das ein wichtiger – von Seiten Brüssels offenkundig mehr politisch denn ökonomisch motivierter – Schritt in Richtung Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO. Zudem profitiert es von Handelserleichterungen: so müssen EU-Staaten etwaige Sanktionen gegen russische Firmen (etwa wegen des immer wieder vorkommenden Dumpings) stichhaltiger als bis dahin begründen.

Von erheblicher (im weiteren Sinne) sicherheitspolitischer Relevanz sind die Exporte russischer Energieträger in die EU. Nach dem von der EU-Kommission Ende 2000 angenommenen „Grünbuch“ wird sich die Abhängigkeit der Union von eingeführten Energieträgern von derzeit 50 Prozent auf bis zu 70 Prozent im Jahr 2030 (wenn die EU um die 30 Mitglieder haben wird) erhöhen. Etwa 40 Prozent der heutigen EU-Erdgaseinfuhren stammen aus Russland, das bemüht ist, diesen ohnedies bereits großen Anteil weiter auszubauen. Die EU ist allerdings bereits jetzt in einer potenziell überaus problematischen Abhängigkeit von diesem einen Gaslieferanten. Zudem kommt noch etwa ein Sechstel der Rohölimporte der EU aus Russland.

17.2. Kein EU-Beitritt

Russland selbst strebt keine Vollmitgliedschaft in den existierenden westeuropäischen Organisationen zur Integration in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit an. Sein Selbstverständnis schließt eine derartige Ein- und Unterordnung bei Übernahme bestehender Regelungen und Standards grundsätzlich aus. Der ehemalige stellvertretende Außenminister und nunmehrige stellvertretende Direktor des Europainstituts der Russländischen Akademie der Wissenschaften, Iwan Iwanow, formulierte: „Russland hat nicht die Absicht, der EU beizutreten. Mächte dieser Größenordnung treten nicht fremden Bündnissen bei, sondern bilden eigene“ (eine Anspielung auf die GUS; vgl. Kap. 14).

In Russland dominiert insgesamt ganz klar die Meinung, dass sich Russland nicht einmal das Ziel eines EU-Beitritts stellen sollte, weil es die Freiheit in der Bestimmung und Durchführung seiner Innen- und Außenpolitik erhalten müsse. Eine Unterordnung unter eine „kollektive Disziplin“ der EU-Staaten wird für Moskau auch in der entfernteren Zukunft nicht zur Diskussion stehen.

Gleichzeitig ist man in Russland von der eigenen Bedeutung für die EU überzeugt. So meinte der nationalistische Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, Dmitrij Rogosin, im Oktober 2002, dass die EU im 21. Jahrhundert „nur in einer Allianz mit Russland in den Gebieten Energie, Transport und Verteidigung überleben“ werde. Gleichzeitig gibt es Befürchtungen in Russland, dass sich die Politik der EU ihm gegenüber ändern könnte, weil sich 2004 „antirussische“ Staaten – vor allem die baltischen Länder, aber auch Polen – der EU anschließen werden.

17.3. Die sicherheitspolitische Komponente der Beziehungen

Die EU ist klar bereit, sich gegenüber Russland (auch) sicherheitspolitisch zu öffnen, so dass es in den nächsten Jahren durchaus zu einem selbständigen Faktor bei der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) werden könnte: Die „Common Strategy of the European Union on Russia“ (1999) enthält einen Passus, dem zufolge die EU eine russische Teilnahme an allfälligen EU-Operationen zur Erfüllung von Petersberg-Aufgaben (humanitäre und Rettungsoperationen; Peacekeeping; Kampfeinsätze für Krisenmanagement, darunter Peacemaking) erwägen werde. Beim Gipfeltreffen EU – Russland im Oktober 2000 wurde vereinbart, eine Rolle Moskaus bei EU-geführten Initiativen zur Bewältigung von humanitären Krisen sowie bei Peacekeeping, Peace Enforcement und Entminungsoperationen innerhalb der ESVP in Betracht zu ziehen.

Moskau übergab im Zuge der Vorbereitungen zum am 29. Mai 2002 abgehaltenen Gipfel EU – Russland einen überaus ambitionierten „Russland – EU

Aktionsplan im Bereich der ESVP“, dem Brüssel zuzustimmen sich außerstande sah. Moskau drängte aber auch danach auf engere sicherheitspolitische Kooperation. So signalisierte es der EU, dass es die Beziehungen in Gestalt eines (dem 2002 geschaffenen NATO-Russia Council [NRC] ähnlichen) gemeinsamen Rates institutionalisieren will. Sollte Brüssel dem grundsätzlich zustimmen, wird Moskau zweifellos trachten, dieses Gremium mit extensiven Kompetenzen im Bereich der europäischen Sicherheitspolitik auszustatten und sich gleichzeitig ein Vetorecht in möglichst vielen Fragen zu sichern.

Damit will Russland verhindern, dass EU-Operationen gegen seinen erklärten Willen durchgeführt werden. Bereits jetzt fürchten besorgte russische Stimmen nämlich inoffiziell, dass die im Aufbau befindliche EU-Eingreiftruppe von 60 000 Mann auch gegen den Willen Moskaus etwa in der GUS eingesetzt werden könnte (auch wenn derzeit nichts dafür spricht). Das Ziel Moskaus in den sicherheitspolitischen Beziehungen zur EU (wie auch zur NATO) ist es, größtmöglichen Einfluss (und wenn möglich ein Vetorecht) zu erlangen, ohne sich selbst irgendwelchen Einschränkungen seiner Handlungsfreiheit zu unterwerfen.

Offiziell unterstützt Moskau alle sicherheitspolitischen Initiativen der EU, die auf eine größere Selbständigkeit gegenüber den USA gerichtet sind. Der offenkundige Grund ist, dass es sich davon eine Stärkung seines eigenen Einflusses in Europa erhofft. Davon zeugt auch die am 3. Juni 2000 von Putin bestätigte „Strategie zur Entwicklung der Beziehungen der Russländischen Föderation mit der Europäischen Union in mittelfristiger Perspektive (2000–2010)“: Sie spricht sich für ein „europaweites System der kollektiven Sicherheit“ aus und bezeichnet die russische Zusammenarbeit mit der EU im Sicherheitsbereich als Mittel gegen einen „NATO-Zentrismus“. Vor dem Hintergrund der Grundsätze der russischen Politik gegenüber den USA (vgl. Kap. 15) und der NATO lässt sich daher der Schluss ziehen, dass ein Abzug der USA aus Europa ein wichtiges Fernziel der russischen Politik bleibt.

Ein ernster Test für die Tragfähigkeit der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen der EU und Russland könnte sich in Moldowa ergeben: Derzeit wird ein EU-Friedenseinsatz zur Lösung des Konflikts um die separatistische „Dnjestr-Republik“ diskutiert, die sich 1990/92 mit Moskauer Unterstützung gewaltsam de facto von Moldowa abgespalten hat. Moskau dürfte einer solchen EU-Mission aber (wegen seiner Ansprüche auf die GUS als „ausschließliches Interessengebiet“; vgl. Kap. 14) entweder überhaupt nicht oder nur unter Bedingungen zustimmen, welche die Mission vollkommen entwerten oder sogar (im Sinne einer Lösung des Dnjestr-Konflikts) kontraproduktiv machen würden. Das könnte etwa sein: russisches Oberkommando auch über die EU-Truppen, EU-Finanzierung auch für das russische Kontingent, russisches Vetorecht über alle Aktivitäten der EU-Soldaten usw.

Russland erinnert immer wieder an seine Bereitschaft, der EU seine militärischen Transportflugzeuge zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag ist weniger von der Absicht, sich als eines von vielen Akteuren in eine mögliche „gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur“ einzugliedern, als von konkreten Interessen bestimmt: Moskau will zunächst Geld verdienen. Vor allem aber würde die EU zumindest teilweise von russischen Transportkapazitäten abhängig, die – im Falle der geplanten Durchführung einer Operation, die Moskau nicht billigt – natürlich auch verweigert werden könnten.

17.4. Das Kaliningrad-Problem: „Technik“ oder Geopolitik?

Im Sommer 2002 sorgte die Frage des Zugangs russischer Staatsbürger zur russischen Exklave Kaliningrad nach dem EU-Beitritt Litauens und Polens (2004) für einige Aufregung in Russland. Moskau verlangte von der EU ultimativ, auf jede Visumregelung zu verzichten. Zahlreiche russische Stimmen drohten mit einer „Verlangsamung der Annäherung“ zwischen der EU und Russland oder sogar einer „Verschlechterung der Beziehungen“ (wie wenn die EU auf das Wohlwollen Russlands angewiesen wäre) und behaupteten, dass von dem Visum-Problem die gesamte „Zukunft der Beziehungen“ zur EU hänge. Es handle sich, so die klare Mehrheitsmeinung in Moskau, keineswegs „nur“ um eine „technische“ Frage der Ausstellung von Reisedokumenten. Der Vorsitzende des Föderationsrates (Oberhaus des Parlaments), Sergej Mironow, sprach Mitte Oktober 2002 von einer Angelegenheit der „nationalen Ehre“. Rogosin ortete in seiner Eigenschaft als Kaliningrad-Beauftragter Putins ein „geopolitisches Problem“.

Der Kreml deutete sogar an, dass Putin nicht zum Gipfeltreffen EU-Russland (11.11.2002) kommen könnte. Die EU ließ sich dann (wie zu erwarten war) auf eine Lösung ein, welche die Schengen-Bestimmungen erheblich relativiert. Es gibt daher keinen Zweifel, dass Moskau die bewährte Taktik von Druck und Drohungen auch in Zukunft anwenden wird, um die (leicht einzuschüchternde) EU in seinem Sinne zu beeinflussen. Schließlich weiß man auch in Moskau, dass Brüssel zu (fast) jedem Zugeständnis bereit ist, um eine Verstimmung Russlands zu verhindern.

18. Russland und der „Krieg gegen den Terror“

18.1. Russische Einflusspolitik in Zentralasien

Moskau lässt keinen Zweifel an seinem Bemühen, nicht nur im ehemals sowjetischen Mittelasien (wo es durch westliche Militärpräsenz seit dem Spätsommer 2001 seinen Einfluss relativiert glaubt), sondern auch im Post-

Taliban-Afghanistan eine wichtige Rolle zu spielen. Früher oder später, so hofft man in Moskau, werden die USA Zentralasien und damit Afghanistan wieder verlassen – und dann soll Russland bereits in einer guten Ausgangsposition sein.

18.2. Russische Militärpolitik in Afghanistan

Russische Quellen heben gerne hervor, dass der in der UdSSR ausgebildete afghanische Verteidigungsminister Muhammad Fahim aus seiner Zeit als Mitarbeiter der Geheimpolizei KHAD des (1992 gestürzten) kommunistischen Regimes in Kabul bis heute gute Kontakte zu Militär und Geheimdiensten Russlands hat. Tadschiken aus Tadschikistan waren als Ausbilder in den Einheiten der Nordallianz aktiv, und nach Angaben der Moskauer Presse von Ende 2001 sind 300 bis 400 Mann aus einer Spezialeinheit des Innenministeriums Tadschikistans als Berater von afghanischen Feldkommandeuren sowie Fachleute für Aufklärung, Artillerie und Reparatur von Waffensystemen in den Truppen der Nordallianz geblieben; sie würden in eine neue afghanische Armee eingegliedert. Daraus, so hofft man in Russland, könnten Möglichkeiten resultieren, die künftige afghanische Militärpolitik zu beeinflussen.

18.3. Russland und die westliche Militärpräsenz in Mittelasien

Die Reaktionen in Politik und Medien Russlands auf die Ankunft westlichen Militärs im ehemals sowjetischen Mittelasien nach dem 11. September 2001 waren überwiegend skeptisch bis entschieden ablehnend. Von einer (in verschiedenen westlichen Quellen immer wieder behaupteten) „Zustimmung Russlands“ zu dieser Präsenz kann somit keine Rede sein.

Sehr verbreitet ist in Russland (und auch in China und im Iran) der Verdacht, dass es den USA in Zentralasien auch und gerade darum geht, sich die dort vorhandenen Rohstoffe (und vor allem Erdöl und Erdgas) sowie Transportwege zu deren Abtransport (Pipelinerouten) zu sichern. In Russland besteht jedenfalls weitgehende Einigkeit darüber, dass alles getan werden muss, um die westlichen Soldaten so rasch wie möglich wieder zum Abzug zu bewegen. So verlangte Außenminister Igor Iwanow wiederholt eine „maximale Transparenz“ der westlichen Militäraktivitäten in der Region sowie klare Zeitlimits für ihre Präsenz. Zudem will Moskau die westliche Militärpräsenz in Kirgisien durch den Aufbau einer eigenen Luftwaffenbasis ebendort konterkarieren.

18.4. Tschetschenien

Usama bin Laden hat öffentlich nie Terrordrohungen gegen Russland ausgestoßen, und von einem „Heiligen Krieg“ gegen Russland oder gar einer Aufforderung, so viele Russen wie möglich zu töten (wie das mit Amerikanern

und Juden geschehen sollte), konnte schon überhaupt keine Rede sein. Die internationale Agenda des islamischen Fundamentalismus ist vorwiegend gegen den Westen gerichtet, und daraus resultieren unübersehbare Gemeinsamkeiten mit der Freund-Feind-Perzeption maßgeblicher Teile der Eliten wie der Öffentlichkeit Russlands. Tschetschenien steht jedenfalls (ungeachtet aller russischer Behauptungen) in der Prioritätenskala bin Ladens am unteren Ende.

EU und NATO zählen die Terrorbekämpfung nach eigenen Angaben zu den wichtigsten Kooperationsbereichen mit Russland. Westliche Politiker betonen gerne die Bedeutung Russlands bei der Terrorbekämpfung bzw. die Rolle, die diese bei der Annäherung zwischen EU und NATO einerseits und Russlands andererseits spiele. Dabei ist klar, dass sich westliche Staaten und Organisationen des russischen Verständnisses des Begriffs „Terrorismus“ nicht voll bewusst sind: Dieses ist sehr stark auf die Militärintervention in Tschetschenien – offiziell eine „Antiterror-Operation“ – fokussiert. Das machte Anfang November 2002 etwa Verteidigungsminister Sergej Iwanow (zum wiederholten Male) klar, indem er äußerte, dass der Irak Saddam Husseins schon deswegen nichts mit Terrorismus zu tun haben könne, da unter den Bürgern aus 30 bis 40 Staaten, die auf der Seite der tschetschenischen Rebellen kämpfen würden, bisher keine Iraker identifiziert worden seien. Offenkundig sah Russland Saddam Husseins Zahlungen von 25 000 Dollar an die Familien von palästinensischen Selbstmordattentätern in Israel nicht als Unterstützung von Terror an.

Die offizielle russische Position, die tschetschenischen Rebellen praktisch besiegt beziehungsweise ihnen die Möglichkeiten für größere Aktionen genommen zu haben, wurde durch eine Geiselnahme in einem Moskauer Musicaltheater im Oktober 2002 (etwa fünf Kilometer Luftlinie vom Kreml entfernt) vor den Augen der Weltöffentlichkeit offenkundig desavouiert. Die Rebellen verfügen auch nach mehr als drei Jahren Krieg noch über zahlreiche einsatzfähige mobile Kampfgruppen, die praktisch in ganz Tschetschenien zuschlagen können. 80 000 bis 100 000 russische Soldaten und Polizisten konnten das nur 16 100 Quadratkilometer große Tschetschenien bisher nicht zuverlässig unter Kontrolle bringen, obwohl sie nicht von einer „kritischen Öffentlichkeit“ und investigativen Medien an der Kriegführung „gehindert“ werden – im Gegenteil: Politik, Medien und Öffentlichkeit spornen das Militär permanent an und verlangen (noch) mehr Härte gegen die „tschetschenischen Terroristen“.

Auch Anhänger der kompromisslosen Tschetschenienpolitik des Kreml räumen inoffiziell ein, dass das Problem noch jahrzehntelang schwelen könnte. Der Krieg werde aber von russischer Seite „bis zum letzten Tschetschenen“ geführt. Verhandlungen mit den Rebellen schließt Moskau nach wie vor kategorisch aus – zweifellos (auch) deswegen, weil es sich das aus seinem Verständnis als Großmacht heraus nicht leisten zu können glaubt. Moskau besteht auf einem militärischen Sieg, also einer (wie es offiziell oft heißt)

„Vernichtung“ oder zumindest bedingungslosen Kapitulation der Rebellen. Weder aus dem Westen noch aus der islamischen Welt (wo bestimmte Kreise bei angeblichen Benachteiligungen von Moslems sonst sehr rasch mit Aufrufen zum „Heiligen Krieg“, bevorzugt gegen den Westen, zur Hand sind) wird Druck auf Moskau ausgeübt, Verhandlungen mit den Rebellen aufzunehmen. Die auch schon vor dem 11. September 2001 leise westliche Kritik am Tschetschenienkrieg ist inzwischen fast völlig verstummt.

18.5. Russische Präventivschläge?

Am 28. Oktober 2002 erklärte Putin nach der gewaltsamen Beendigung der erwähnten Geiselnahme in einem Musicaltheater auf einer Versammlung mit Regierungsmitgliedern „den Terrorismus“ zum Hauptfeind Russlands. Wenn, so Putin, Terroristen „Mittel einsetzen, die mit Massenvernichtungswaffen vergleichbar“ seien, würden Militärschläge „gegen alle Plätze“ ausgeführt, „an denen sich diese Terroristen und Organisatoren dieser Verbrechen sowie ihre ideellen und finanziellen Inspiratoren befinden“. Noch am gleichen Tag soll der Generalstab der russischen Streitkräfte Anweisungen für Abänderungen des sogenannten „Einsatzplanes der Streitkräfte“ (der etwa die Mobilmachung regelt) erhalten haben.

Die politisch zentristische Moskauer Zeitung „Vremja Novostej“ interpretierte die Aussagen des Präsidenten vom 28. Oktober 2002 dahingehend, dass Russland künftig Länder als seine „potenziellen Gegner“ betrachten werde, die gegenüber Terroristen „Nachsicht üben“. Diese Staaten dürften, so das Blatt weiter, auch im „Einsatzplan der Streitkräfte“ Berücksichtigung finden.

Manche russische Kommentatoren fühlten sich durch die neue und offenkundig offensive Strategie Putins an die am 20. September 2002 vorgelegte „National Security Strategy“ der USA erinnert. Darin ist von einer US-Partnerschaft mit Moskau im „Krieg gegen den Terror“ die Rede, doch war das Papier dennoch in Russland heftig kritisiert worden: Die USA würden sich anmaßen, bei Bedarf überall auf der Welt rücksichtslos zuzuschlagen; die UNO (gemeint: das russische Vetorecht im Sicherheitsrat) würde umgangen; das Völkerrecht würde verletzt und die Souveränität der Staaten relativiert usw. Fünf Wochen später kündigte Moskau offiziell ein ähnliches Vorgehen an. Das wäre jedoch keine grundsätzlich neue Entwicklung: Die russische Luftwaffe hat (im Westen weitgehend unbemerkt) während des Bürgerkrieges in Tadschikistan (1992–97) immer wieder Stützpunkte der tadschikischen Opposition in Nordafghanistan und dann auch Stellungen der gegen die Nordallianz kämpfenden Taliban bombardiert. Auch Georgien wurde 2001 und 2002 immer wieder von russischen Kampfflugzeugen angegriffen.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wollte Moskau eine möglichst weitgehende Kontrolle über die westlichen (und vor allem amerikanischen) Antiterror-Aktivitäten durch ihre Verlagerung in die UNO. In den Erklärungen Putins vom 28. Oktober 2002 wurde jedoch die UNO als zu konsultierende Organisation mit keinem Wort erwähnt. Das legt den Schluss nahe, dass Russland die UNO in erster Linie dazu heranziehen möchte, den Handlungsspielraum der USA sowie der NATO einzuschränken, selbst aber nicht daran denkt, die Weltorganisation bei seinem eigenen „Krieg gegen den Terror“ zu befragen oder auch nur zu konsultieren.

19. Irak

Russland hatte im Nahen Osten in der jüngeren Vergangenheit folgende Ziele:

- 1) Stärkung des eigenen Einflusses und Zurückdrängung der USA, wobei dem von Saddam Hussein regierten Irak eine wichtige Rolle zugeordnet war;
- 2) Erhaltung der starken Position russischer Erdölkonzerne im Irak, die bis zum Kriegsbeginn im März 2003 im Rahmen des UNO-Programms „Oil for Food“ etwa 40 Prozent des irakischen Erdöls kauften;
- 3) Mitsprache bei der Regelung des Palästinenserkonflikts (Russland ist – zusammen mit den USA, der EU und der UNO – Mitglied des „Nahost-Quartetts“, das die so genannte „Road Map“ ausgearbeitet hat).

Russland hatte sich (auch mit einer Vetodrohung im UNO-Sicherheitsrat) vergeblich bemüht, ein militärisches Vorgehen der USA und Großbritanniens gegen den Irak zu verhindern. Damit wurde auch ein anderes russisches Ziel, nämlich die Verhinderung des Sturzes des Hussein-Regimes, unrealistisch.

Das definitive Schicksal der russischen Erdölkonzessionen im Irak nach dem Krieg ist offen. Moskau befürchtet jedenfalls, von den USA aus dem Irak „verdrängt“ zu werden. Russland möchte jedoch auch weiterhin im Irak wirtschaftlich und politisch eine wichtige Rolle spielen. Derzeit stehen die Aussichten dafür jedoch schlecht.

Das Moskau sehr geneigte Regime in Bagdad hörte am 9. April 2003 zu existieren auf, womit der Irak als Partner einer gegen Washington gerichteten russisch inspirierten „Gegenkoalition“ jedenfalls für die nähere Zukunft ausfällt. Russland wird allerdings zweifellos an einer Stärkung der US-kritischen „Achse“ mit Berlin und Paris arbeiten, so dass diese die Irakkrise überstehen und nicht unerheblichen Einfluss (auch auf den transatlantischen Zusammenhalt) entfalten könnte. Es handelt sich hier auch um kein neues Phänomen: Auch die Präsidenten Jelzin und Chirac sowie Bundeskanzler Helmut Kohl hatten bei

mehreren Treffen und Konsultationen 1997/98 eine große Nähe ihrer Auffassungen konstatiert.

20. Iran

Zum Iran unterhält Russland ein besonders enges und freundschaftliches Verhältnis, das offenkundig auch vom Krieg im islamischen Tschetschenien nicht gestört wird. Russische Vertreter würdigen gerne einen iranischen „Beitrag bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ und zählen den Iran sogar zur „Koalition gegen den Terror“ – obwohl allgemein bekannt ist, dass der Iran mit der „Hisbollah“ (Libanon) und der „ Hamas“ (Palästinensergebiete) zumindest zwei Terrororganisationen mit Geld und Waffen versorgt. Diese scheinen in der im Februar 2003 offiziell verabschiedeten russischen Liste von Terrororganisationen nicht auf.

Am 23. November 2000 kündigte Russland ein von seinem Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin und US-Vizepräsident Al Gore 1995 unterzeichnetes Protokoll, dem zufolge Moskau bis 31. Dezember 1999 alle laufenden Rüstungsverträge mit dem Iran erfüllt und keine neuen mehr abschließt. Russland möchte an der derzeit laufenden Modernisierung der iranischen Streitkräfte massiv teilnehmen.

Es ist längst ein offenes Geheimnis, dass das iranische Programm zur Entwicklung von ballistischen Raketen von russischen Spezialisten, Firmen und Instituten gefördert wird. Auch an der Existenz eines iranischen Atomwaffenprogramms ist inzwischen kaum noch zu zweifeln, auch wenn russische Vertreter immer wieder abwiegeln: Sie wiederholen stets, dass der Iran technisch nicht zur Entwicklung einer Atombombe in der Lage sei.

Allgemein bekannt ist die russisch-iranische Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie. Russische Techniker stellen derzeit das Atomkraftwerk Busher fertig, das Mitte 2004 in Betrieb gehen und Moskau Einnahmen von 800 Millionen Dollar bringen wird. Ende Juli 2002 unterzeichnete der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow ein langfristiges Programm zur Zusammenarbeit mit dem Iran, das den Bau von weiteren Atomreaktoren vorsieht.

21. Nordkorea

Die Koreapolitik Moskaus steht im Kontext seiner gesamten weltpolitischen Stoßrichtung: Man will in der Regelung des Konflikts um das militärische Atomprogramm Nordkoreas, aber auch bei einer künftigen möglichen Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten eine maßgebliche Rolle spielen und das Feld keinesfalls den USA überlassen.

Die nordkoreanischen Programme im Bereich der Entwicklung von Atomwaffen und ballistischen Raketen lösen in Russland keinerlei Beunruhigung aus. Diverse russische Politiker bestreiten überhaupt, dass Pjöngjang nach Nuklearwaffen strebt, auch wenn IAEA-Direktor Mohammed el-Baradei erklärte, dass Nordkorea näher am Bau von Atomwaffen sei als der Irak oder der Iran. Das russische Außenministerium wandte sich Ende 2002 gegen jede „öffentliche Kritik“ an Nordkorea und erklärte, „stille Diplomatie“ vorzuziehen (die freilich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu keinerlei Resultaten führen wird). Man dürfe auf Nordkorea keinerlei Druck ausüben, weil dessen Führung sonst (wörtlich) „nervös“ werde.

Die Moskauer Agenda sieht offenbar nicht primär die Verhinderung einer Ausrüstung Nordkoreas mit Massenvernichtungswaffen und dazugehörigen Trägermitteln (von denen es nicht bedroht wäre) vor, sondern die Abwehr von amerikanischem Druck auf das Regime in Pjöngjang. Eine russische (oder chinesische) Zustimmung zu UNO-Sanktionen gegen Nordkorea ist gänzlich undenkbar.

22. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Russland besteht darauf, dass ohne seine Zustimmung keine irgendwie relevanten weltpolitischen Entscheidungen gefällt werden dürfen. Diesem Ziel stehen nach vorherrschender Moskauer Auffassung in erster Linie die USA entgegen, und sie sind daher auch das mit weitem Abstand wichtigste Bezugsobjekt der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. Das wird sich auch in den nächsten Jahren keinesfalls ändern. Einer der fundiertesten russischen außen- und sicherheitspolitischen Analytiker, Andrej Piontkowskij, meinte 2002: „Die russische Außenpolitik wird noch lange auf dem Mythos einer heroischen Konfrontation mit dem Westen aufbauen“.

Das schließt aus Moskauer Sicht die Zusammenarbeit mit dem Westen in bestimmten Bereichen nicht aus. Russland betrachtet die EU und die USA jedoch streng pragmatisch als Modernisierungs- und Wirtschaftspartner, von denen es Kapital (in Form von Investitionen, Wirtschaftshilfe oder Krediten) bezieht und an die es Rohstoffe (und vor allem Energieträger) verkauft; das bringt harte Währung und schafft Abhängigkeiten. Gleichzeitig versucht Russland, sich gegenüber westlichen Werten so weit wie möglich abzuschotten. Daran ließ etwa die bekannte russische Politologin Lilia Schewzowa im November 2002 keinen Zweifel: „Russia remains a country with a domestic system that is alien to the West, and in which the state and its prestige is still more important than the freedom of the individual“.

Russland strebt eine möglichst breite Mitsprache in sämtlichen sicherheitspolitisch relevanten Organisationen (UNO, OSZE, NATO, EU) an –

wenn möglich mit einem verbindlichen Vetorecht. Gleichzeitig ist es bemüht, die Rolle dritter Länder und Organisationen (und vor allem der USA und der NATO) in seiner „Zone besonderer Interessen“, der GUS, so klein wie möglich zu halten. Das wird auch dadurch erleichtert, dass niemand in den USA, der NATO oder der EU Zugang – und sei es lediglich in Gestalt von Konsultationen – zur „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ (der Russland, Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan angehören) oder zum „Stab für die Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit in der GUS“ in Moskau verlangt. Das hätte sich allerdings bereits aus Gründen der Symmetrie bereits angeboten. Schließlich ist auch Russland über den NRC in der NATO vertreten.

Russland ist um eine Erweiterung seines Rüstungsexports bemüht und verkauft China sowie auch prononciert antiwestlichen Regimes Hochtechnologie-waffen. Der Westen mit den USA an der Spitze hat bisher nicht versucht, Moskau zu vermitteln, dass sich eine „Partnerschaft“ mit ihm (auch im Rahmen der „Koalition gegen den Terror“) und enge Beziehungen zu „states of concern“ ausschließen. Auch prominente Experten für die Internationalen Beziehungen irren sich, wenn sie Russland für einen „wichtigen Alliierten“ des Westens in der „Koalition gegen den Terror“ halten: Diese war für Moskau nur Mittel zum Zweck der Bekämpfung der „Al-Qaida“ und der Taliban, denen es Unterstützung für die tschetschenischen Rebellen anlastete. Gleichzeitig verwahrt(e) sich Russland konsequent gegen alle Versuche der USA, den Iran, den Hussein-Irak und Nordkorea in die Nähe von Terrorismus zu rücken.

Die Verhinderung der Anschaffung von Massenvernichtungswaffen durch den Iran und Nordkorea hat für Russland keinerlei Priorität: Erstens ist es grundsätzlich nicht bereit, sich zum Anwalt amerikanischer Forderungen zu machen, und zweitens wäre es vom Rüstungsarsenal dieser Länder, mit denen es gute Beziehungen unterhält, keinesfalls bedroht.

Das Zerwürfnis zwischen den USA einerseits und Deutschland/Frankreich andererseits wegen der Irakkrise, Diskussionen über US-Truppenabzüge aus Deutschland und das weltweite Wachsen antiamerikanischer Stimmungen sind für Russland sehr positiv. Es konnte sich zudem (bei laufendem Tschetschenien-krieg) als Anhänger einer Friedenspolitik profilieren und so in der islamischen Welt Gutpunkte sammeln.

In Westeuropa vorherrschende abstrakte Vorstellungen von allgemeiner „Stabilität“, die zu erhalten oder in Krisengebieten wieder herzustellen sei, sind Russland völlig fremd: Es verfolgt einen Kurs, der strikt an dem, was es für seine nationalen Interessen hält, orientiert ist. Dabei sind Doppelstandards eher die Regel denn die Ausnahme. So ist Moskau seine eigene territoriale Integrität, mit der etwa die beiden Kriege in Tschetschenien gerechtfertigt wurden, sehr teuer – und gleichzeitig unterstützt es bewaffnete Separatisten im Dnjestr-Gebiet, im

Abchasien und Südossetien sowie in Karabach, welche die territoriale Integrität Moldowas, Georgiens und Aserbaidschans de facto zerschlagen haben.

Die in Westeuropa so populäre „Multilateralität“ propagiert Moskau nur dann, wenn es darum geht, anderen Staaten (und bevorzugt den USA) politische Bewegungsfreiheit zu nehmen. Gleichzeitig ist ausgeschlossen, dass Russland seine eigenen nationalen Interessen im Rahmen von Foren multilateraler Entscheidungsfindung zur Disposition stellt.

Aufgrund seiner Menschenrechtsstandards hätte Russland (zumal während des ersten Tschetschenienkrieges mit seinen Zehntausenden zivilen Opfern) nie in den Europarat aufgenommen werden dürfen, und auch seine Wirtschaftsdaten rechtfertigen einen Beitritt zur G-7 (die in Russland nur noch G-8 genannt wird) keinesfalls: Den westlichen Staaten, die diese Beitritte zugelassen oder sogar forciert haben, ging es nicht um den objektiven Zustand der Menschenrechte und der russischen Wirtschaft. Sie legten offenbar einen anderen, klar subjektiven Maßstab an.

Wirtschaftlich ist Russland eine Mittelmacht. Der Lebensstandard in der Provinz kommt teilweise Entwicklungsländern nahe. Eine Gegenüberstellung von Rohstoffreichtum und durchschnittlichem Lebensstandard macht deutlich, dass es sich bei Russland um ein reiches Land mit armen Leuten handelt.

Russland ist in folgenden Bereichen eine Groß- oder Supermacht: Territorium; Vorkommen/Export an strategischen Rohstoffen (und vor allem Energieträgern); Rüstungsexport; sicherheitsrelevante Budgetposten; Atomwaffenpotenzial; Auslandsverschuldung; Gewaltverbrechen, Korruption und Wirtschaftskriminalität. Das dürfte sich auch in der überschaubaren Zukunft nicht ändern. Das Image Russlands als eines „unberechenbaren“ Akteurs der Weltpolitik ist somit ein von der Realität denkbar weit entferntes Klischee. Westliche Staaten sind im Durchschnitt viel „unberechenbarer“ als Russland.

Russland hat in der Welt nach wie vor einen Einfluss, der weit das übersteigt, was man aufgrund seiner Wirtschaftskraft annehmen könnte. Oder anders formuliert: Andere Länder mit vergleichbarer Wirtschaftskraft sind weit vom Einfluss Russlands entfernt.